



IBERO-ANALYSEN

Dokumente, Berichte und Analysen
aus dem Ibero-Amerikanischen Institut
Preußischer Kulturbesitz
Berlin

Heft 17

Januar 2006

„Su lucha es nuestra lucha. Juntos ganaremos!“

Zentralamerikanische Migranten in den USA und das
CAFTA-Abkommen

Constantin Grund



Constantin Grund, Politologe M. A., ist Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind in eigener wissenschaftlicher Verantwortung vorgenommen worden. E-mail: constantin.grund@fes.de

This work is licensed under the Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland License. To view a copy of this license, visit <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>.

The online version of this work can be found at:
<www.iai.spk-berlin.de/publikationen/ibero-analysen.html>





Das Ibero-Amerikanische Institut (IAI) ist ein Disziplinen übergreifend konzipiertes Zentrum der wissenschaftlichen Arbeit sowie des akademischen und kulturellen Austauschs mit Lateinamerika, Spanien und Portugal. Es beherbergt die größte europäische Spezialbibliothek für den ibero-amerikanischen Kulturraum, zugleich die drittgrößte auf diesen Bereich spezialisierte Bibliothek weltweit. Gleichzeitig erfüllt das IAI eine Funktion als Stätte der außeruniversitären wissenschaftlichen Forschung sowie als Forum des Dialogs zwischen Deutschland, Europa und Ibero-Amerika.

Die **IBERO-ANALYSEN** richten sich in erster Linie an Entscheidungsträger aus Politik, Kultur und Wirtschaft. Sie greifen themenorientierte und länderbezogene Fragestellungen auf und liefern aktualitätsbezogene, aber über den tagespolitischen Horizont hinausreichende Informationen zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der Länder Ibero-Amerikas. Ausgewiesene Fachwissenschaftler bieten in den **IBERO-ANALYSEN** Orientierungswissen in allgemeinverständlicher Form, das den interkulturellen Dialog zwischen Deutschland und dem ibero-amerikanischen Kulturraum anregen und unterstützen soll.

Das Ibero-Amerikanische Institut bemüht sich, in seinen Publikationen vielfältige Meinungen zu Wort kommen zu lassen. Diese stellen jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des IAI dar. Die **IBERO-ANALYSEN** sind für den persönlichen Gebrauch bestimmt. Nachdruck nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des IAI und mit vollständiger Quellenangabe. Die **IBERO-ANALYSEN** können auch über die Homepage des IAI im PDF-Format heruntergeladen werden:
(<http://www.ibero-analysen.de>).

Redaktion

Dr. Peter Birle
Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz
Forschungsabteilung
Potsdamer Straße 37
10785 Berlin
Telefon: 030 – 2662515
Telefax: 030 – 2662503
e-mail: birle@iai.spk-berlin.de
<http://www.iai.spk-berlin.de>

1. Auflage 2006

© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Straße 37,
10785 Berlin

ISBN 3-935656-25-4

„Su lucha es nuestra lucha. Juntos ganaremos!“

Zentralamerikanische Migranten in den USA und das CAFTA-Abkommen

Constantin Grund

Einleitung

Das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens zwischen der Dominikanischen Republik, Zentralamerika und den Vereinigten Staaten (DR-CAFTA)¹ am 1. Februar 2006 ist der vorläufige Schlusspunkt unter eine Vereinbarung, deren Entstehungskontext wegweisend für die weiteren Beziehungen der Vereinigten Staaten zu ihren südlichen Nachbarn sein könnte. Denn im Zuge der sowohl in den USA als auch in Zentralamerika artikulierten Proteste gegen den Freihandelsvertrag haben neue, in dieser Form bisher nicht in Erscheinung getretene Akteure die politische Arena betreten, denen auch in Zukunft bei der Formulierung von Politiken mehr Bedeutung zukommen wird.

Diese neuen Akteure gehen aus den in den USA lebenden lateinamerikanischen Einwanderermilieus hervor, die bereits seit vielen Jahren die zivilgesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Regionen nördlich und südlich des Rio Grande prägen. Der technologische Fortschritt in Kommunikation und Transport macht die Aufrechterhaltung sozialer Netze über weite Entfernungen hinweg heute weniger kostenintensiv als noch vor ein paar Jahren. Die Entgrenzung von ehemals stabilen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Handlungszusammenhängen wurde dadurch noch verstärkt

und hat die Beziehungen der USA zu Lateinamerika in den letzten Jahren weiter transnationalisiert. Die klassische analytische Trennung von innen- und außenpolitischer Sphäre ist damit auch für diesen Fall immer weniger plausibel.

Politisches Gewicht entfalten die nunmehr 41 Millionen *hispanics* nicht nur im Rahmen von US-Präsidentschaftswahlen und dem Werben um das *voto latino*. Auch die Regierungen ihrer Herkunftsländer buhlen um deren sozioökonomisches Potenzial. Aber eröffnen sich für die so umworbenen *latinos* damit auch politische Einflussmöglichkeiten? Transformieren sich lateinamerikanische Migranten in den USA dadurch von einer *social community* zu einer *political community*? Kann man bei den *latinos* möglicherweise bereits von einem Akteur sprechen, der Implementationskapazitäten erkennen lässt, mit Hilfe derer politische Ansprüche erfolgreich in (außen-)politische Entscheidungsprozesse Washingtons eingebracht werden können? Zumindest die kubanische Diaspora scheint in den letzten Jahren entsprechende Fähigkeiten entwickelt zu haben. Aber gilt dies auch für andere, vermeintlich weniger gut organisierte Migrantengruppen? Erste Arbeiten liegen dazu bereits vor (Gratius 2005; Stiegler 2005). Der vorliegende Beitrag versucht diese Fragen anhand der Rolle zentralamerikanischer Einwanderer in den USA bei der Aushandlung des

Politisches Gewicht entfalten die nunmehr 41 Millionen *hispanics* nicht nur im Rahmen von US-Präsidentschaftswahlen und dem Werben um das *voto latino*. Auch die Regierungen ihrer Herkunftsländer buhlen um deren sozioökonomisches Potenzial.

1 DR-CAFTA = U.S. - Dominican Republic – Central America Free Trade Agreement

CAFTA-Abkommens zu beantworten.

Der Stein des Anstoßes: DR-CAFTA

Das Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten, Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua, Costa Rica und der Dominikanischen Republik ist gleich in doppelter Hinsicht bemerkenswert: Mit einer Verhandlungszeit von nur 15 Monaten ist DR-CAFTA zwar das am schnellsten abgeschlossene, aufgrund der denkbar knappen Ratifizierung des US-Repräsentantenhauses von 217 Für- zu 215 Gegenstimmen gleichzeitig aber auch das am schwächsten legitimierte Freihandelsabkommen in der Geschichte der USA.

Während die Verhandlungen zur Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA insgesamt sieben Jahre dauerten und sich die Beratungen zur Errichtung des gesamtamerikanischen Markts bereits auf ein Jahrzehnt erstrecken, wurde DR-CAFTA nach nur neun Verhandlungsrunden im Mai 2004 erfolgreich zum Abschluss gebracht. Dazu haben mehrere Faktoren beigetragen: (a) Im Gegensatz zu den Verhandlungen über eine Freihandelszone der Amerikas (*Free Trade Area of the Americas*, FTAA bzw. *Área de Libre Comercio de las Américas*, ALCA) bestand in diesem Fall der ausdrückliche politische Wille aller beteiligten Regierungen, das Abkommen zügig zum Abschluss zu bringen. (b) Die zum Tragen gekommene *Trade Promotion Authority* des US-Kongresses autorisiert die Administration zur Verhandlung von Freihandelsabkommen, die später nur noch als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden können. Dass einzelne Kapitel nicht gesondert ratifi-

ziert werden mussten, wirkte sich vereinfachend und beschleunigend auf das Verfahren aus. (c) Die USA gingen in die CAFTA-Verhandlungen mit der Vorlage der beiden bereits erfolgreich abgeschlossenen Freihandelsabkommen mit Chile und Singapur und regten daher nur kleinere inhaltliche Anpassungen an, über die man sich offensichtlich zügig verständigen konnte. (d) Schließlich fanden die Verhandlungen im Wesentlichen hinter verschlossenen Türen statt. Auf die systematische Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure oder die Lancierung von Zwischenentwürfen des Vertragstextes haben die Delegationen verzichtet und konnten dadurch den Verhandlungsprozess enorm beschleunigen.

Zieht man die Unterschiedlichkeit der beteiligten Akteure in Betracht, erscheint dieses Tempo umso erstaunlicher. DR-CAFTA ist ein Freihandelsabkommen zwischen Partnern, die ungleicher nicht sein könnten: Zusammengekommen beträgt das Bruttoinlandsprodukt der sechs mittelamerikanischen Ökonomien weniger als 1% desjenigen der Vereinigten Staaten (Ribando 2005). Diese sind mit Abstand der größte Handelspartner Zentralamerikas. Durchschnittlich 56% der Exporte gehen auf den US-Markt, während die Region 44% ihrer Importe aus den Vereinigten Staaten bezieht. Costaricanische Chipexporte ausgenommen, weist diese Handelsbeziehung nach wie vor kolonialistische Züge auf. Während der Großteil der zentralamerikanischen Exporte auf Textilien, Früchte und Kaffee entfällt, exportieren die USA vor allem Konsum- und Industriegüter in die Region. Entsprechend kontrovers hätten die

DR-CAFTA ist ein Freihandelsabkommen zwischen Partnern, die ungleicher nicht sein könnten: Zusammengekommen beträgt das Bruttoinlandsprodukt der sechs mittelamerikanischen Ökonomien weniger als 1% desjenigen der Vereinigten Staaten.

Verhandlungen zum Freihandel eigentlich geführt werden müssen.

Doch dies blieb aus, denn für die Exportchancen der kleinen Ökonomien Zentralamerikas ändert sich nichts Wesentliches. Etwa 80% der zentralamerikanischen Ausfuhren gelangen bereits seit der 1983 in Kraft getretenen *Caribbean Basin Initiative* (CBI) zoll- und quotenfrei auf den nordamerikanischen Markt (Hornbeck 2005: 10). Entsprechend minimal werden die wirtschaftlichen Auswirkungen von DR-CAFTA für den US-Markt eingeschätzt (USITC 2004). Entscheidungsträger aus der Region sehen daher vor allem in der Verrechtlichung des Zugangs zu ihrem wichtigsten Absatzmarkt den wesentlichen Vorteil der Vereinbarung. Die bestehenden unilateralen Handelspräferenzen würden durch DR-CAFTA nun auf eine reziproke Basis gestellt und man müsse nicht mehr befürchten, den Marktzugang aus politischen Motiven heraus verschlossen zu bekommen.

Der entscheidende Punkt des Abkommens betrifft eher die Warenausfuhren in die zentralamerikanischen Partnerländer. So werden durch DR-CAFTA bislang bestehende Einfuhrbarrieren für US-Exportprodukte in Zentralamerika größtenteils aufgehoben. Diese bisher vermeintlich einseitige Benachteiligung US-Amerikanischer Unternehmen hob auch US-Präsident George W. Bush im August 2005 hervor, denn

„Right now, Central American goods face no tariffs when they enter the United States. By contrast, U.S. exports to Central America still face hefty tariffs there. CAFTA will end these unfair tariffs against American products and help ensure that free trade is fair trade“ (Bush 2005).

DR-CAFTA ermöglicht mit dessen Inkrafttreten im Januar 2006 den sofortigen zoll- und quotenfreien Zugang für den Großteil der US-Konsum- und Industriegüter auf den zentralamerikanischen Markt. Auch für die Hälfte der US-Agrarexporte – unter anderem Fleisch, Wolle, Sojabohnen, verarbeitete Lebensmittel, Wein und Weizen – entfallen die Einfuhrzölle vollständig (Hornbeck 2005: 18). Hinsichtlich der für den zentralamerikanischen Markt sensiblen Produkte wurden unterdessen Zollsensenkungsfristen von bis zu 20 Jahren vereinbart, um den Unternehmen der Region die Möglichkeit zu geben, sich auf den zunehmenden Konkurrenzdruck durch ausländische Anbieter einzustellen.

Das den Diskurs am stärksten prägende Argument für das Freihandelsabkommen jedoch leiteten alle beteiligten Entscheidungsträger – und zwar sowohl aus den USA als auch aus Zentralamerika – aus der These ab, dass durch das Abkommen der wesentliche Anreiz bekämpft würde, der der Migration vieler Zentralamerikaner in die USA zugrunde liege. Durch DR-CAFTA würden die zentralamerikanischen Ökonomien prosperieren und dadurch wirtschaftliche Perspektiven geschaffen, die dazu beitragen, dass die Armut in der Region gesenkt und durch die entstehenden Entwicklungschancen im eigenen Land viele Zentralamerikaner von einer Ausreise nach Norden abgehalten würden. Dies unterstrich unter anderem Vize-Außenminister Robert Zoellick in einer viel beachteten Rede vom Mai 2005 vor der *Heritage Foundation* (Zoellick 2005: 5). Vertreter zentralamerikanischer Unternehmerverbände, etwa der

Das den Diskurs am stärksten prägende Argument für das Freihandelsabkommen jedoch leiteten alle beteiligten Entscheidungsträger [...] aus der These ab, dass durch das Abkommen der wesentliche Anreiz bekämpft würde, der der Migration vieler Zentralamerikaner in die USA zugrunde liege.

Inspiziert durch eine Kampagne der *American Federation of Labor (AFL)* argumentierten viele demokratische Abgeordnete, DR-CAFTA würde zur Absenkung von Arbeitsstandards führen und dadurch Arbeitsplätze in den USA gefährden.

Präsident der guatemaltekischen Landwirtschaftskammer, Carlos Zúñiga, argumentierten ähnlich (La Nación 21.05.2005).

Meist zivilgesellschaftliche Kritiker des Abkommens wollten diesem Zusammenhang jedoch nicht folgen und bewerteten die Konsequenzen von DR-CAFTA für die zentralamerikanischen Volkswirtschaften ähnlich negativ wie jene für Mexiko nach dem Abschluss des *North American Free Trade Agreement* (NAFTA) (LCLAA 2004). Nach der Markttöfung für landwirtschaftliche Produkte seien die Preise auf dem mexikanischen Markt durch den zollfreien Import hoch subventionierter US-Agrargüter derart gefallen, dass ein bis zwei Millionen mexikanische *campesinos* dem Preisdruck nicht mehr hätten standhalten können und ihre Agrarproduktion hätten aufgeben müssen (Audley 2003). Landflucht und Migrationsdruck hätten sich durch NAFTA eher erhöht. Die Befürworter des DR-CAFTA hielten dem entgegen, dass die Folgen für den ländlichen Raum weitaus weniger problematisch seien, da die auf Subsistenzwirtschaft basierenden Dorfgemeinschaften ihre Produkte nur zum Selbstverzehr anbauten, sie dem Druck des Marktes nicht aussetzten und daher von möglichen Preisminderungen gar nicht betroffen seien. Eine Entvölkerung ländlicher Gebiete, die zu einem höheren Migrationsdruck in die USA führen würde, entstünde demnach nicht.

Obwohl auch in den USA ein Großteil der Unternehmerverbände DR-CAFTA befürworteten, vermochten einige Branchen, insbesondere die Zuckerindustrie und Teile der Textilbranche, eine Reihe republikanischer Kongressabgeordneter für die

möglichen negativen Folgen des Abkommens derart zu sensibilisieren, dass diese ihre Zustimmung entweder verweigerten oder durch Bedingungen den Preis für ihr Abstimmungsverhalten in die Höhe trieben. Auch bei den Demokraten regte sich Widerstand. Inspiriert durch eine Kampagne der *American Federation of Labor* (AFL) argumentierten viele demokratische Abgeordnete, DR-CAFTA würde zur Absenkung von Arbeitsstandards führen und dadurch Arbeitsplätze in den USA gefährden (AFL 2005). Hintergrund dieser Bedenken ist Artikel 16.8 des Abkommens, der die Vertragspartner zwingt, die Bestimmungen der *International Labor Organization* (ILO) zum Schutz von Arbeitnehmerrechten anzuerkennen. In einem Gutachten, das von der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank unterstützt wurde, kamen die Regierungen Zentralamerikas jedoch selbst zu der Erkenntnis, dass sie die Einhaltung der von der ILO festgelegten Bestimmungen zur Abschaffung von Kinderarbeit oder der Freiheit zur Gewerkschaftsgründung aufgrund knapper Ressourcen nicht immer kontrollieren könnten (IADB 2005a). Abgeordnete der Demokraten nahmen dies zum Anlass, ihre ablehnende Haltung gegenüber DR-CAFTA zu untermauern. Der beidseitige Druck von Teilen der Republikaner einerseits und den Demokraten andererseits führte schließlich dazu, dass die Ratifizierung im US-Repräsentantenhaus, die für Ende Juli angesetzt war, sehr lange ungewiss blieb.

Präsidiale Promotionstour und Proteste

Dies veranlasste die zentralamerikanischen Präsidenten im Mai 2005

zu einer viertägigen, von der US-Handelskammer organisierten, DR-CAFTA-Promotionstour durch verschiedene US-Bundesstaaten. Mit Veranstaltungen in zehn Städten versuchten die Präsidenten Antonio Saca (El Salvador), Oscar Berger (Guatemala), Ricardo Maduro (Honduras), Abel Pacheco (Costa Rica), Enrique Bolaños (Nicaragua) und Leonel Fernández (Dominikanische Republik), bei betroffenen Unternehmen mögliche Verunsicherungen abzubauen und auch den Gewerkschaften die Vorteile des Abkommens näher zu bringen. Im Rahmen ihrer Lobbyreise wurde die zentralamerikanische Präsidentendelegation mit Protesten der US-Bevölkerung gegen das Freihandelsabkommen konfrontiert, die die Öffentlichkeit für die aus ihrer Sicht problematischen Aspekte des DR-CAFTA zu sensibilisieren und die Ratifizierung durch den US-Kongress zu verhindern versuchte. Zu den Teilnehmern gehörten neben US-amerikanischen Internationalisten vor allem Migranten aus Zentralamerika, die in den USA leben und arbeiten.

Die Demonstrationen ihrer Landsleute und deren Organisationen gegen das Abkommen dürften für die

angereisten Präsidenten nicht überraschend gekommen sein. Schließlich mussten sich die Regierungen der Region bereits seit der Ankündigung Präsident Bushs im Jahr 2002, ein Freihandelsabkommen mit ihren Staaten vereinbaren zu wollen, mit teilweise massiven Protesten der Bevölkerungen, Organisationen der Zivilgesellschaft und der Katholischen Kirche gegen das Abkommen auseinandersetzen. Regionalübergreifendes Motiv war dabei vor allem die Befürchtung, der Sektor mit der größten Zahl an Beschäftigten, die Agrarwirtschaft, könnte durch subventionierte Billigimporte aus den USA überschwemmt werden und die lokale Produktion zusammenbrechen lassen (ART 2005). Die dadurch entstehende Nahrungsmittelunterversorgung beeinträchtigte die nationale Sicherheit. Darüber hinaus artikulierten sich jeweils auch national spezifische Einwände gegen die mit DR-CAFTA verbundenen Marktöffnungen, etwa für den Telekommunikationssektor Costa Ricas oder das Gesundheitssystem El Salvadors. In Guatemala sehen Kritiker die nationale Gesetzgebung im Bereich der Patentierung medizinischer Generika durch DR-CAFTA

Im Rahmen ihrer Lobbyreise wurde die zentralamerikanische Präsidentendelegation mit Protesten der US-Bevölkerung gegen das Freihandelsabkommen konfrontiert, die die Öffentlichkeit für die aus ihrer Sicht problematischen Aspekte des DR-CAFTA zu sensibilisieren und die Ratifizierung durch den US-Kongress zu verhindern versuchte.



unterlaufen und haben bereits Verfassungsklagen gegen das Abkommen eingereicht. Die dennoch und teilweise unter skurrilen Bedingungen erfolgten Ratifizierungen DR-CAFTAs – in El Salvador wurde die Abstimmung morgens um 3:30 Uhr vorgenommen – haben die Proteste im Frühjahr 2005 erneut verschärft, bei denen in Guatemala unter anderem zwei Menschen starben (LARR 03-05).

Die Regionalisierung der CAFTA-Gegner – als Organisator und Wortführer der Großdemonstrationen fungierte der *Bloque Popular Centroamericano* – hat die Einbeziehung der in den USA lebenden zentralamerikanischen Diaspora in die Proteste ihrer Herkunftsgesellschaften erheblich erleichtert. Zu Beginn der Gespräche im März 2003 entsandten die zentralamerikanischen Migrantenorganisationen eine fünfköpfige Delegation nach Guatemala, um den Unterhändlern der Regierungen ihre Bedenken gegen das Abkommen darzulegen. Zwar seien sie sich bewusst, dass sie selbst kein demokratisches Mandat hätten und die Regierungschefs ihrer Herkunftsstaaten nicht im Namen der in den USA lebenden Zentralamerikaner verhandelten. Unter dem Eindruck der erfolglosen Proteste ihrer *compatriotas* in Zentralamerika musste aus Sicht der Diaspora in den USA jedoch der Eindruck entstehen, mit DR-CAFTA würde von der politischen Führung ihrer Herkunftsländer erneut ein Abkommen über die Köpfe und Interessen ihrer Landsleute hinweg eingefädelt. Dem wollten sie daher nicht tatenlos zusehen und forderten zunächst vor allem mehr Transparenz des gesamten Verhandlungsprozesses (globalpolicy 2003).

Die letztlich aber geringen Einflussmöglichkeiten ihrer Vertreter haben dazu beigetragen, dass zentralamerikanische Migranten in den USA ihrer Unzufriedenheit über die vermeintlich vom demokratischen Prozess entkoppelte Aushandlung des Freihandelsabkommens verstärkt Ausdruck im Rahmen von Demonstrationen vor den Konsulaten und Botschaften ihrer Herkunftsländer verliehen.² Zentralamerikanische Migrantenorganisationen aus den USA schlossen sich mit Appellen und gemeinsamen Aufrufen an die Entscheidungsträger in Washington der Kritik an dem Freihandelsabkommen an, so etwa das *Salvadoran-American National Network*, die *Guatemala Unity Information Agency* oder das *Central American Resource Center* (Chacón 2004). Der wesentliche komparative Kostenvorteil, den Zentralamerika gegenüber den USA in der Vergangenheit gehabt habe, würde nun durch asiatische Billiglohnländer unterlaufen. Die Verlagerung der Maquila-Betriebe nach Asien – seit dem Auslaufen des WTO-Multifaserabkommen im Januar 2005 wurden 18 Textilfabriken in vier DR-CAFTA-Staaten geschlossen (Ribando 2005: 5) – lasse den Beschäftigten keine andere Wahl, als in die USA auszuwandern. Dies könne weder im Interesse der zentralamerikani-

Zentralamerikanische Migrantenorganisationen aus den USA schlossen sich mit Appellen und gemeinsamen Aufrufen an die Entscheidungsträger in Washington der Kritik an dem Freihandelsabkommen an.

2 „El CAFTA es el intento más reciente de parte de las corporaciones de los Estados Unidos de subyugar al pueblo de Centro América. Los Centroamericanos lo saben y es por ello que se han manifestado masivamente en rechazo a dicho acuerdo [...] Estamos hoy acá determinados a derrotar el CAFTA en los Estados Unidos y en solidaridad con aquellos que se resisten a ser recolonizados por las empresas transnacionales en Centro América. Su lucha es nuestra lucha. Junto ganaremos!“ (Diario CoLatino 15.12.2004).

schen Republiken noch der Vereinigten Staaten sein.

Zentralamerikanische Migranten in den USA

Obwohl die Proteste gegen das Freihandelsabkommen in beiden Teilen der Hemisphäre erfolglos blieben, zeigt sich doch, wie verflochten die Beziehungen zwischen den Gesellschaften beiderseits des Rio Grande bereits sind. Die *compatriotas* in den USA haben zu ihren Herkunftsländern über die letzten Jahre hinweg multiple Austauschbeziehungen aufgebaut, die die Kommunikationswege der beteiligten Akteure immer kürzer gemacht haben. Die Nachfrage nach Informationen aus ihren Herkunftsstaaten befriedigen die Migranten bisher größtenteils durch den Kontakt mit den Angehörigen. Orozco (2004: 9) schätzt, dass etwa 80% der Telefongespräche zwischen den USA und dem Isthmus auf die Kommunikation der Diaspora und ihrer Familien entfallen. Seit September 2004 können sich die Migranten auch über das im US-Kabelfernsehen ausgestrahlte *Centroamérica TV* über die Entwicklungen in ihren Herkunftsgesellschaften informieren. Das Programm überträgt rund um die Uhr Nachrichten, *telenovelas*, Bildungsinhalte sowie Fußball aus den nationalen zentralamerikanischen Ligen in die USA (Prensa Libre 15.11.2004).

Dieses transnationale soziale Netzwerk stellt ein Potenzial zur Beeinflussung politischer Entwicklungen dar. Die US-Administration trägt diesem Umstand bisher stärker Rechnung als ihre zentralamerikanischen Pendanten. Die im September 2004 im *State Department* erstmalig realisierte Konferenz „Central Americans in the United States“

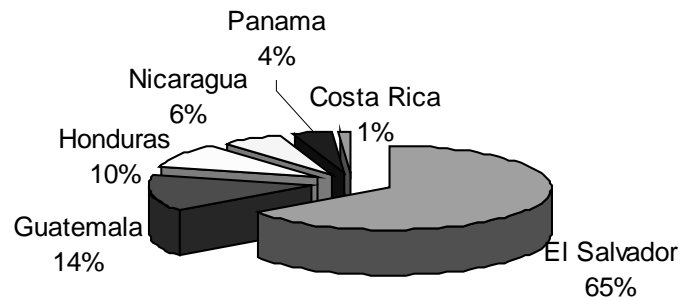
(CENUSA) brachte Vertreter der zentralamerikanischen Migrantenorganisationen mit Entscheidungsträgern der Bush-Administration zu einem informellen Treffen zusammen (DoS 2004). Dass ein halbes Jahr später eine Folgekonferenz stattfand (CENDRUSA, DoS 2005), auf der Robert Zoellick die Anwesenden explizit zu Lobby-Arbeit für das Freihandelsabkommen aufforderte (La Prensa 12.05.2005), bedeutete eine wesentliche politische Aufwertung für die Vertreter dieser Migrantengruppe. Entsprechend sahen sich auch die zentralamerikanischen Präsidenten im Rahmen ihrer Lobby-Tour veranlasst, über die Anliegen ihrer Diaspora in den USA zu informieren. Es handelt sich um eine Gruppe, deren numerisches Ausmaß und Entwicklungsdynamik in der politischen Entscheidungsfindung in Zukunft stärker Berücksichtigung finden wird.

Die derzeit in den USA lebenden 41 Mio. *latinos* stellen etwa 13% der Gesamtbevölkerung der Vereinigten Staaten (US Census 2004). Exakte Daten zu den in den USA lebenden Zentralamerikanern liegen hingegen nicht vor. Schätzungen zufolge halten sich in den USA derzeit etwa fünf Mio. Zentralamerikaner auf (US Census 2002, La Nación 18.01.2006), der Großteil von ihnen illegal. Damit sind sie hinter den mexikanischen Migranten (63%) und den Puertoricanern (9%) die drittstärkste *latino*-Gruppe in den USA.

Die Zahl zentralamerikanischer *compatriotas* in den USA ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Sie hat sich sowohl zwischen 1970 und 1980 als auch zwischen 1980 und 1990 verdreifacht und verdoppelte sich noch einmal zwischen 1990 und 2000 (OIM/SIEMCA 2004: 10).

Schätzungen zufolge halten sich in den USA derzeit etwa fünf Millionen Zentralamerikaner auf, der Großteil von ihnen illegal. Damit sind sie hinter den mexikanischen Migranten (63%) und den Puertoricanern (9%) die drittstärkste Gruppe aller Latinos in den USA.

Zusammensetzung zentralamerikanischer Migranten in den USA



Quelle: (PHC 2002:19).

Entsprechend sind über 90% der in den USA lebenden Zentralamerikaner in ihren Herkunftsländern geboren, während die Gruppe der in den USA Geborenen noch relativ klein ist (PHC 2002: 20). Logan (2001) kennzeichnet die zentralamerikanischen Einwanderer aufgrund dieser Entwicklungsdynamik als eine der *New Latino Groups*. Dies hat dazu geführt, dass mittlerweile große Teile der nationalen Bevölkerungen Zentralamerikas in den USA leben. Die vom salvadorianischen Außenministerium geschätzten 2,5 Mio. Landsleute in den Vereinigten Staaten (MRE 2005) stellen etwa zwei Drittel aller Zentralamerikaner in den USA. Ihre Anzahl entspricht einem Drittel der Gesamtbevölkerung dieses kleinen Landes. El Salvador besteht aus 14 *departamentos*, aber die Größe der in den USA lebenden Diaspora hat diese mittlerweile auch im offiziellen Sprachgebrauch zum *departamento 15* werden lassen.

Die große Mehrheit der in den USA lebenden Zentralamerikaner siedelt in nur vier Bundesstaaten: Mehr als ein Drittel (etwa 1,2 Millionen) ist in Kalifornien ansässig. Weitere Zu-

zugsgebiete sind Florida, Texas und New York mit je 300.000 Zentralamerikanern. Aufgrund der starken Präsenz der mexikanischen Einwanderung ist ihr Anteil an der hispanischen Bevölkerung dort aber gering. Am stärksten ausgeprägt ist die zentralamerikanische Migration in jenen Bundesstaaten, in denen es zuvor keine nennenswerte hispanische Einwanderung gab. So sind etwa in Washington D.C. mehr als die Hälfte aller *hispanics* zentralamerikanischer Herkunft, in Maryland 40% und in Virginia etwa ein Drittel (vgl. Tab. 1). Ihr rechtlicher Status ist nicht einheitlich: Von den seit 1990 legal in die USA eingereisten 940.000 Zentralamerikanern haben etwa 430.000 eine dauerhafte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erworben (USCIS 2005a, b). Als Teil des *Immigration Acts* von 1990 etablierte der US-Kongress ein neues Verfahren, in dem jenen Staatsangehörigen eine zeitlich befristete Aufenthaltserlaubnis eingeräumt werden kann, deren Rückkehr in ihre Heimat aufgrund bewaffneter Konflikte, Umweltkatastrophen oder anderer triftiger Gründe nicht möglich erscheint.

Die große Mehrheit der in den USA lebenden Zentralamerikaner siedelt in nur vier Bundesstaaten: Mehr als ein Drittel (etwa 1,2 Millionen) ist in Kalifornien ansässig. Weitere Zuzugsgebiete sind Florida, Texas und New York mit je 300.000 Zentralamerikanern.

Tabelle 1: Zentralamerikanische Migranten in den einzelnen US-Bundesstaaten im Jahr 2004

Bundesstaat	Bevölkerung insg. (POPg)	Bevölkerung hispanisch (POP _{hsp})	% POP hsp an POPg	Bevölkerung Zentr.-Am. Herkunft (POP _{ca})	% POP _{ca} an POP hsp	% POP _{ca} an POP- ca- ges	Bevölkerung mexi- kanisch (POP _{mx})	% POP mx an POP hsp
California	35.893.799	12.442.626	34,7	1.187.034	9,5	35,2	10.460.816	84,1
Florida	17.397.161	3.304.832	19,0	370.941	11,2	11,0	475.519	14,4
Texas	22.490.022	7.781.211	34,6	333.392	4,3	9,9	6.979.735	89,7
New York	19.227.088	3.076.697	16,0	286.900	9,3	8,5	294.496	9,6
Virginia	7.459.827	426.152	5,7	150.383	35,3	4,5	101.871	23,9
New Jersey	8.698.879	1.294.422	14,9	134.526	10,4	4,0	124.722	9,6
Maryland	5.558.058	297.717	5,4	118.586	39,8	3,5	55.795	18,7
Illinois	12.713.634	1.774.551	14,0	69.654	3,9	2,1	1.402.590	79,0
Massachus.	6.416.505	494.188	7,7	66.202	13,4	2,0	27.268	5,5
Georgia	8.829.383	598.322	6,8	63.461	10,6	1,9	397.633	66,5
North Carol.	8.541.221	517.617	6,1	59.906	11,6	1,8	353.106	68,2
Louisiana	4.515.770	124.222	2,8	44.875	36,1	1,3	41.579	33,5
Nevada	2.334.771	531.929	22,8	44.081	8,3	1,3	417.222	78,4
Arizona	5.743.834	1.608.698	28,0	36.018	2,2	1,1	1.490.853	92,7
Washington	6.203.788	526.667	8,5	27.873	5,3	0,8	432.828	82,2
DC	553.523	47.258	8,5	26.890	56,9	0,8	5.732	12,1
Colorado	4.601.403	878.803	19,1	26.180	3,0	0,8	642.202	73,1
Connecticut	3.503.604	371.818	10,6	20.659	5,6	0,6	28.416	7,6
Pennsylvania	12.406.292	475.552	3,8	20.606	4,3	0,6	71.200	15,0
Rhode Island	1.080.632	111.823	10,3	19.541	17,5	0,6	7.624	6,8
Tennessee	5.900.962	167.025	2,8	18.139	10,9	0,5	112.905	67,6
Oregon	3.594.586	343.278	9,5	18.082	5,3	0,5	292.795	85,3
Arkansas	2.752.629	120.820	4,4	15.362	12,7	0,5	93.027	77,0
Michigan	10.112.620	375.041	3,7	14.942	4,0	0,4	282.484	75,3
Ohio	11.459.011	252.269	2,2	14.520	5,8	0,4	117.516	46,6
Minnesota	5.100.958	179.303	3,5	13.782	7,7	0,4	130.512	72,8
Utah	2.389.039	253.073	10,6	13.645	5,4	0,4	183.965	72,7
Indiana	6.237.569	269.267	4,3	13.135	4,9	0,4	206.851	76,8
South Carol.	4.198.068	130.432	3,1	13.131	10,1	0,4	77.719	59,6
New Mexico	1.903.289	823.352	43,3	12.899	1,6	0,4	479.015	58,2
Missouri	5.754.618	148.201	2,6	12.430	8,4	0,4	107.104	72,3
Alabama	4.530.182	98.388	2,2	12.243	12,4	0,4	63.846	64,9
Nebraska	1.747.214	119.975	6,9	11.238	9,4	0,3	97.802	81,5
Oklahoma	3.523.553	223.005	6,3	10.444	4,7	0,3	183.006	82,1
Kansas	2.735.502	220.288	8,1	9.467	4,3	0,3	188.936	85,8
Kentucky	4.145.922	77.055	1,9	8.733	11,3	0,3	45.057	58,5
Iowa	2.954.451	104.119	3,5	8.625	8,3	0,3	83.268	80,0
Wisconsin	5.509.026	237.200	4,3	8.479	3,6	0,3	168.079	70,9
Hawaii	1.262.840	99.830	7,9	6.009	6,0	0,2	31.143	31,2
Mississippi	2.902.966	49.075	1,7	5.695	11,6	0,2	30.904	63,0
Delaware	830.364	48.153	5,8	4.250	8,8	0,1	17.628	36,6
Alaska	655.435	32.386	4,9	2.933	9,1	0,1	18.748	57,9
Idaho	1.393.262	123.900	8,9	2.797	2,3	0,1	108.837	87,8
South Dakota	770.883	15.093	2,0	2.350	15,6	0,1	10.089	66,8
New Hamps.	1.299.500	27.500	2,1	2.038	7,4	0,1	6.605	24,0
West Virginia	1.815.354	14.621	0,8	1.611	11,0	0,0	6.530	44,7
Maine	1.317.253	12.476	0,9	1.519	12,2	0,0	4.077	32,7
Montana	926.865	21.841	2,4	875	4,0	0,0	17.183	78,7
Wyoming	506.529	33.830	6,7	827	2,4	0,0	29.600	87,5
North Dakota	634.366	9.755	1,5	692	7,1	0,0	6.598	67,6
Vermont	621.394	6.414	1,0	675	10,5	0,0	1.553	24,2
	293.655.404	41.322.070		3.369.278		100,0	27.014.588	
Basierend auf LMC 2001; US Census 2004. Extrapolierte Werte für POP _{ca} und POP _{mx}								

Untereinander pflegen Zentralamerikaner in den USA einen regen Austausch. Dies gilt nicht nur für wochenendliche Treffen in Stadtparks, bei denen oftmals im Rahmen von Freizeitlichen zentralamerikanische Fußballmeisterschaften ausgespielt werden. Darüber hinaus sind sie auch in so genannten *Home Town Associations* (HTA) organisiert.

Dieser *Temporary Protected Status* (TPS) wurde aufgrund der Verwüstungen durch Hurrikan *Mitch* im Jahr 1998 etwa 4.500 nicaraguansichen und 85.000 honduranischen Migranten zugestanden. Begründet wurde dies durch die Befürchtung, eine Rückführung dieser Personen in ihre Herkunftsstaaten könne von den zentralamerikanischen Regierungen aufgrund fehlender Handlungskapazitäten nicht solide gehandhabt werden. Die finanziellen Erträge der Migranten aus ihrer Arbeit in den USA seien ein sinnvoller Beitrag für den Wiederaufbau der Herkunftsländer. Nach den schweren Erdbeben im Frühjahr 2001 hat die US-Regierung den TPS auch auf 250.000 salvadorianische Einwanderer ausgeweitet. Der TPS ist seit seiner Einführung bisher stets verlängert worden, zuletzt für Nicaragua bis Juli sowie für Honduras und El Salvador bis September 2006.

Die Folgen des Hurrikan Stan vom Oktober 2005 haben mittlerweile auch die guatemalteckische Regierung dazu bewogen, im Weißen Haus den TPS für ihre Landsleute anzuregen. Diesem Ansinnen wurde aber mit Hinweis auf die erheblichen finanziellen Aufwendungen der US-Administration zur Eindämmung illegaler Einwanderung eine Absage erteilt (La Nación 06.12.2005).³

Untereinander pflegen Zentralamerikaner in den USA einen regen Austausch. Dies gilt nicht nur für

wochenendliche Treffen in Stadtparks, bei denen oftmals im Rahmen von Freizeitlichen zentralamerikanische Fußballmeisterschaften ausgespielt werden. Darüber hinaus sind sie auch in so genannten *Home Town Associations* (HTA) organisiert. Diese sind Interessen- und Selbsthilfegruppe gleichermaßen, fördern den kulturellen Zusammenhalt im Rahmen gemeinsamer Aktivitäten, traditioneller oder religiöser Feste, dienen als Kommunikationsplattform und helfen dabei, die Interessen der Mitglieder gegenüber Dritten besser zu vertreten. Der kulturelle Austausch in den HTA trägt dazu bei, dass Zentralamerikaner den höchsten Präferenzwert für die spanische Sprache aller lateinamerikanischen Migrantengruppen aufweisen (PHC 2002: 21). Der Impuls zur Gründung einer HTA beruht oftmals auf der Tatsache, dass Mitglieder aus der gleichen Gemeinde ihres Herkunftslandes in den gleichen Ort in den USA ziehen und dadurch meist direkt ein persönlicher Anschluss gefunden wird (Andrade-Eekhoff 2003: 3,13). Dies hilft auch neu hinzugezogenen Migranten bei der Orientierung. Da ihre Gründung frei ist und keine Registrierungspflicht besteht, ist die genaue Zahl zentralamerikanischer HTA in den USA unbekannt. Die Angaben der Botschaften bieten nur Anhaltspunkte: Die salvadorianische Vertretung in Washington führt etwa 200 HTA auf, die sich freiwillig haben eintragen lassen, während man von circa 300 guatemalteckischen HTA in den Vereinigten Staaten ausgehen kann.

Obwohl nur weniger als 10% der zentralamerikanischen Migranten in den USA in HTA organisiert sind, haben diese Vereinigungen mittler-

³ Dies veranlasste den guatemalteckischen Vizepräsidenten Eduardo Stein zu der Aussage, dass "Nos parece una verdadera afrenta hacia toda América Latina el que un gobierno que se dice amigo y socio de la región quiera únicamente nuestro dinero y nuestras mercancías, pero ve a nuestra gente como si fuera una epidemia (...) nos tratan como si fuéramos un sub-hemisferio de delincuentes" (La Nación 04.01.2006).

weile wichtige Kommunikations- und Multiplikatorfunktionen übernommen. Durch die Gründung von Dachverbänden wie der *Coalición de Inmigrantes Guatemaltecos en los Estados Unidos*, des *Nicaraguan American Council* oder der *Comunidades Unidas Salvadoreñas* verschaffen sie sich nicht nur in den USA eine breitere Öffentlichkeit, sondern haben in ihrem Verhältnis zu den Herkunftsgesellschaften auch erhebliche *lobbying power* entwickelt: Einige HTA haben sich insbesondere für bestimmte Zwecke gegründet, etwa um die Bildung der Kinder in der Herkunftsgemeinde zu verbessern, medizinisches Gerät für ein Gemeindekrankenhaus zu finanzieren oder im Rahmen von *fundraising-Events* kollektive Spenden für Opfer von Naturkatastrophen zu sammeln. Ein Impetus, der für die wirtschaftliche Entwicklung der kleinen zentralamerikanischen Ökonomien immer wichtiger zu werden scheint.

Zentralamerika am Tropf der Diaspora?

Remesas, der Tourismus der Transmigranten und nostalgischer Handel stützen die zentralamerikanischen Wirtschaften in erheblichem Maße und sind Ausdruck der Verflochtenheit der Beziehungen zwischen der Diaspora in den USA und ihren Herkunftsgesellschaften.

Deutlichster Beleg für die Tragfähigkeit dieser Verbindung sind die Finanzüberweisungen zentralamerikanischer Migranten an ihre Familien im Herkunftsland, so genannte *remesas*. Nach Lateinamerika fließen derzeit jährlich etwa \$38 Mrd. *remesas*, eine Summe, die selbst die für die Region angerechnete *Official Development Aid* übersteigt. Aufgrund der großen Zahl ihrer

compatriotas in den USA entfällt der bedeutendste Anteil aller nach Lateinamerika übersandten *remesas* auf Mexiko. Während dieses Land im Jahr 2004 etwa \$16 Mrd. Devisen aus den USA erhielt, entfielen auf die fünf zentralamerikanischen Länder und die Dominikanische Republik zusammen knapp \$10 Mrd.

Um die statistische Grundlage der zentralamerikanischen Nationalbanken zu vereinheitlichen, hat der *Multilateral Investment Fund* der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (IADB) im Jahr 2001 den Finanzfluss nach Süden im Rahmen eines Projektes vergleichbar gemacht. Den Daten der IADB (2005b) zufolge verzeichnet Guatemala in den letzten Jahren die stärksten *remesa*-Zuwachsraten und hat im Jahr 2004 das hohe salvadorianische Niveau mit insgesamt \$2,6 Mrd. knapp übertroffen. Auch Honduras konnte im letzten Jahr einen Anstieg der *remesas* aus den USA verzeichnen, während die Überweisungen nach Nicaragua mit diesen Steigerungsraten nicht mithalten konnten (vgl. Tab. 2). Für die kleinen zentralamerikanischen Volkswirtschaften haben diese Finanzmittel jedoch viel deutlichere Auswirkungen als etwa für das wirtschaftlich potentere Mexiko. So übertreffen die Deviseneinnahmen durch *remesas* in Nicaragua sogar die Erlöse aus dem Exportgeschäft, in Guatemala ist deren Anteil von knapp einem Viertel im Jahr 2001 nach nur drei Jahren auf über 90% gestiegen. Für die volkswirtschaftliche Entwicklung Zentralamerikas werden *remesas* damit nicht nur zu einem stabilisierenden, sondern vielmehr zu einem vitalisierenden Faktor.

Remesas, der Tourismus der Transmigranten und nostalgischer Handel stützen die zentralamerikanischen Wirtschaften in erheblichem Maße und sind Ausdruck der Verflochtenheit der Beziehungen zwischen der Diaspora in den USA und ihren Herkunftsgesellschaften.

Tabelle 2: Nach Mittelamerika überwiesene *remesas* in Mio \$

	2001			2002			2003			2004		
	Remesas	Exporte	% am Export	Remesas	Exporte	% am Export	Remesas	Exporte	% am Export	Remesas	Exporte	% am Export
Costa Rica	80	5.021	1,6	135	5.264	2,6	306	6.102	5,0	320	6.297	5,1
Dom. Rep.	1.807	5.276	34,2	2.112	5.165	40,9	2.217	5.471	40,5	2.438	5.750	42,4
El Salvador	1.911	2.864	66,7	2.206	2.996	73,6	2.316	3.128	74,0	2.548	3.295	77,3
Guatemala	548	2.466	22,2	1.690	2.232	75,7	2.106	2.489	84,6	2.681	2.938	91,3
Honduras	460	1.324	34,7	770	1.321	58,3	862	1.332	64,7	1.134	1.537	73,8
Nicaragua	660	589	112,1	759	561	135,3	788	605	130,2	810	756	107,1
DR-CAFTA	5.466	17.540	31,2	7.672	17.539	43,7	8.595	19.127	44,9	9.931	20.573	48,3
Mexiko	8.895	158.547	5,6	10.502	160.682	6,5	13.266	165.396	8,0	16.613	189.083	8,8

Remesas nach IADB (2005b), Total Merchandise Exports nach WTO (2006).

Das Sendeverhalten zentralamerikanischer Einwanderer ist nicht einheitlich. Vielmehr bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Generationen. Je länger die Migranten in den Vereinigten Staaten leben, desto geringer fällt die Höhe an *remesas* aus, die sie ihren Angehörigen überweisen.

Der Kern dieses makroökonomischen Impulses ist jedoch individueller Natur. Die Sender in den USA finanzieren nicht den Fortbestand der Herkunftsökonomie als Ganzes, sondern überweisen ihren im Herkunftsland verbliebenen Familien die Finanzmittel *ad personam*, denen sie über einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren hinweg monatlich etwa 15% ihres Arbeitseinkommens von bis zu \$200 zukommen lassen (Orozco 2004a: 4f.). Die überwiesenen Mittel werden mehrheitlich zur Deckung des täglichen Bedarfs verwendet und sichern dadurch den Lebensunterhalt für etwa ein Viertel der zentralamerikanischen Bevölkerung (IADB/PHC 2003: 3, 29), in Guatemala hängen sogar 40% wirtschaftlich von Familienangehörigen ab, die in den USA leben (Prensa Libre 13.10.2005). An Bedeutung gewonnen haben in den letzten Jahren auch kollektive *remesas* zentralamerikanischer HTA. Im Rahmen ihrer *fundraising-events* zur Förderung bestimmter Projekte in ihren Heimatgemeinden haben etwa salvadorianische HTA jährlich Spenden in einer Gesamthöhe von jeweils bis zu \$15.000 gesammelt (de la Garza/Cortina 2005: 4), die im Her-

kunftsland konzertiert eingesetzt werden.

Das Sendeverhalten zentralamerikanischer Einwanderer ist nicht einheitlich. Vielmehr bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Generationen. Je länger die Migranten in den Vereinigten Staaten leben, desto geringer fällt die Höhe an *remesas* aus, die sie ihren Angehörigen überweisen (Yang 2003: 21). Meist sind in der Zwischenzeit jüngere Familienmitglieder in die USA nachgezogen, die dann informell zur Sendung von *remesas* verpflichtet werden. Schließlich sind die Kosten für deren Immigration in die USA ebenfalls durch *remesas* in den Jahren zuvor erwirtschaftet worden. Mit dem beruflichen Aufstieg und verbesserter englischer Sprachkompetenz sind zentralamerikanische Migranten in den USA immer weniger bereit, für die ‚unproduktive‘ Grundversicherung der Familie im Heimatland aufzukommen. Vielmehr investieren diese Schichten stärker in Schulgeld oder Stipendien für ihre Angehörigen (de la Garza/Cortina 2004: 11).

Der Transfer der *remesas* nach Zentralamerika wird über Finanzdienstleistungsinstitute wie etwa

Western Union oder *Express* abgewickelt. Mittlerweile bieten auch korporatistische Vereinigungen wie die salvadorianische *Fedecaces* für diese Transaktionen entwickelte Produkte an. Schließlich hat auch das zentralamerikanische Bankengewerbe auf die gestiegene Nachfrage nach diesen Finanzdienstleistungen reagiert und in den Ballungszentren zentralamerikanischer Einwanderung in den USA eigene Niederlassungen gegründet. Insbesondere salvadorianische Migranten profitieren dabei von der dollarisierten Wirtschaft ihres Heimatlandes.

Ein weiterer, wirtschaftlich stabilisierender Faktor für die Ökonomien der Herkunftsgesellschaft stellt der zunehmende Reiseverkehr der Transmigranten dar. Obwohl ein großer Teil der Zentralamerikaner in den USA unterhalb der Armutsgrenze lebt, reisen etwa ein Drittel der salvadorianischen Migranten mindestens einmal pro Jahr in ihr Herkunftsland. Diese Gruppe stellt damit 40% aller Touristen, die das Land jährlich besuchen. Deren ökonomischer Impetus auf die lokalen Wirtschaften ihrer Herkunftsstaaten scheint erheblich. So geben etwa ein Drittel der salvadorianischen Migranten während ihrer Aufenthalte bis zu \$3.000 aus. Die Besuche der Transmigranten werden auch genutzt, um befreundeten Familien *remesas* in Naturalienform zukommen zu lassen, ohne dass dadurch Transaktionskosten entstünden. Analog zum Bankengewerbe haben auch die Fluggesellschaften auf den gestiegenen Bedarf der Migranten reagiert und bieten mittlerweile ein dichter werdendes Verbindungsnetz zwischen den USA und Zentralamerika an. Allein die Fluggesellschaft *Grupo Taca* bedient täglich von ver-

schiedenen Flughäfen der USA aus über 20 Verbindungen nach El Salvador (Orozco 2004: 20). Auch andere Gesellschaften, etwa *Delta Airlines*, *Continental* oder *American Airlines*, haben ihr Angebot in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet.

Vitalisierend für die kleinen Volkswirtschaften Zentralamerikas wirkt sich schließlich auch die Präferenz der in den USA lebenden Migranten für traditionelle Produkte aus ihren Herkunftsgesellschaften aus. Zwar müssen die meist landestypischen Agrarprodukte wie etwa *loroco*, *semita*, *queso duro* oder *horchata* den gesundheitsrechtlichen Einfuhrbestimmungen der USA entsprechen, sind dafür aber weniger Innovationsdruck ausgesetzt als Industrieprodukte und sehen sich in den USA einer stabilen oder bisher nicht bedienten Nachfrage gegenüber (CEPAL 2003: 8; Batres-Marquez 2001). Positive Effekte ließen sich bereits in einzelnen Branchen beobachten: So haben sich beispielsweise salvadorianische Bierexporte in die USA zwischen 1990 und 2000 verdreifacht (Orozco 2002: 4). Soweit zu nostalgischem Handel Daten vorliegen, macht er bis zu einem Drittel der Exporte in die USA aus. Im salvadorianischen Fall bewegt sich dies in einer Größenordnung von etwa einer halben Milliarde Dollar jährlich (Orozco 2004: 21). Aufgrund der Bedeutung für seine nationale Wirtschaftsentwicklung war El Salvador daher auch das einzige Land der Region, das in die CAFTA-Verhandlungen einen Vorschlag zur Behandlung des nostalgischen Handels eingebracht, der letztlich aber nicht mehrheitsfähig war.

Ein weiterer, wirtschaftlich stabilisierender Faktor für die Ökonomien der Herkunftsgesellschaft stellt der zunehmende Reiseverkehr der Transmigranten dar.

Lessons Learned: Maßnahmen der zentralamerikanischen Regierungen

Der Einfluss der Diaspora auf die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Herkunftsgesellschaften ist erheblich und scheint irreversibel. Was aber bedeutet es für die Steuerungsfähigkeit politischer Prozesse, wenn finanziell potente Akteure aus den USA politische Entscheidungen treffen, die die Entwicklung einer Gemeinde in ihren Herkunftsländern maßgeblich beeinflussen? Insbesondere die Aktivitäten der HTA untergraben die politische Steuerungsfähigkeit bestehender Entscheidungsmodi und Akteure, indem sie, ohne demokratisches Mandat ausgestattet und damit keinem Interessenausgleich verpflichtet, die Schulbildung der Kinder ihrer Herkunftsgemeinde verbessern, medizinisches Gerät für ein Krankenhaus finanzieren oder den längst überfälligen Bau einer Brücke organisieren. Die zentralamerikanischen Regierungen versuchen daher seit einiger Zeit, die wirtschaftlichen Potenziale ihrer Diaspora in den nationalen Entwicklungsprozess hinein zu kanalisieren und damit Teile ihrer Steuerungsfähigkeit wieder herzustellen. Die beteiligten Akteure scheinen dabei zwei zunächst unvereinbare Interessengegensätze zu haben: Während die zentralamerikanischen Regierungen eher die ökonomische Anbindung der Diaspora an die Herkunftsgesellschaft verstetigen, gleichzeitig aber deren Einfluss auf nationale Entscheidungsprozesse begrenzen möchte, scheint bei der zentralamerikanischen Diaspora in den USA mit dem Bewusstsein der gestiegenen wirtschaftlichen Bedeutung auch der Wunsch nach politischer Mitsprache stärker zu werden. Die zentralame-

rikanischen Regierungen handeln damit auf einem schmalen Abwägungsgrad.

Die Strategien und Instrumente zur wirtschaftlichen Anbindung ihrer Diaspora sind nicht bei allen zentralamerikanischen Regierungen gleichermaßen ausgeprägt oder erkennbar. Die jeweiligen Maßnahmen fallen national sehr unterschiedlich aus und spiegeln nicht unbedingt das relative Gewicht wider, das die Diaspora auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes hat. In einer Länderstudie zu Honduras kommt etwa Puerta (2003: 5) zu der Erkenntnis, dass weder auf nationaler noch auf lokaler Ebene die *remesas* in nationale Entwicklungsprozesse einbezogen würden. Das bestehende wirtschaftliche Potenzial werde quasi verschenkt. Hingegen können, Orozco (2005) folgend, die Anstrengungen der salvadorianischen Regierung als vorbildlich gelten. Im Vergleich zu anderen zentralamerikanischen Regierungen hätten die salvadorianischen Bemühungen einen beträchtlichen Institutionalisierungsgrad erreicht (Andrade-Eeckhoff 2003: 35). Die Versuche der Regierungen Guatemalas, Nicaraguas, Honduras' und El Salvadors, ihre Diaspora in den nationalen Entwicklungsprozess stärker einzubinden, erstrecken sich insbesondere auf (a) die Verstetigung des *remesa*-Zuflusses, (b) deren Einbeziehung in die jeweilige nationale Aufbauagenda sowie (c) die Exportförderung für nostalgische Produkte.

Als zentrales Hindernis für den Versand von *remesas* von den USA nach Zentralamerika haben die Regierungen der Region das Fehlen von Bankkonten ihrer Diaspora in den USA identifiziert. Im Rahmen

Die zentralamerikanischen Regierungen versuchen daher seit einiger Zeit, die wirtschaftlichen Potenziale ihrer Diaspora in den nationalen Entwicklungsprozess hinein zu kanalisieren und damit Teile ihrer Steuerungsfähigkeit wieder herzustellen.

einer *banking the unbanked*-Strategie versuchen sie daher, den Zugang ihrer Landsleute zu Kreditinstituten zu erleichtern und damit die Rahmenbedingungen für die Überweisung von *remesas* zu verbessern. Da aber der Großteil zentralamerikanischer Migranten kein US-amerikanisches Ausweisdokument vorweisen kann, bleibt ihnen dieser Zugang teilweise verschlossen. Die Regierungen El Salvadors, Guatemalas, Nicaraguas, Honduras' und Costa Ricas eröffnen ihrer Diaspora daher mittlerweile die Möglichkeit, bei ihren Konsulaten in den Vereinigten Staaten offizielle Identifikationsersatzdokumente zu erhalten. Durch die so genannte *Matricula Consular* verbürgen sich die Regierungen für die Richtigkeit der im Dokument gemachten Angaben zum vollständigen Namen, Adresse in den USA, Geburtstag und Telefonnummer. Obwohl eine *Matricula Consular* keine Auskunft über den aufenthaltsrechtlichen Status eines Migranten in den Vereinigten Staaten gibt, betrachten immer mehr Banken das Dokument als ausreichenden Identitätsnachweis, eröffnen zentralamerikanischen Migranten den Zugang zu Bankkonten und erleichtern dadurch den Transfer von *remesas* in deren Herkunftsgesellschaften. Durch neu geschaffene mobile Einheiten, die in regelmäßigen Abständen in den Residenzschwerpunkten der Diaspora präsent sind, erleichtern die zentralamerikanischen Konsulate die Abwicklung der behördlichen Angelegenheiten für die Migranten enorm. Bisher geht der weitaus größte Teil der *remesas* den Familien der Angehörigen im Herkunftsland zu. Ziel der Regierungen Zentralamerikas ist es nun, dieses ökonomische Po-

tenzial der Diaspora auch für die nationale Entwicklung nutzbarer zu machen. Dazu haben einige Länder bereits die nötigen institutionellen Voraussetzungen geschaffen: So hat etwa die salvadorianische Regierung im Januar 2000 innerhalb des Außenministeriums die *Dirección General de Atención a la Comunidad en el Exterior* (DGACE) gegründet. Diese Behörde koordiniert alle ministerialen Aktivitäten, die das *departamento 15* betreffen. Sie stellt damit die offizielle Verbindung der Regierung zur salvadorianischen Diaspora im Ausland dar. Kernaktivität dieser Behörde ist insbesondere die Kontaktpflege zu den salvadorianischen *Home Town Associations* in den USA.

Die DGACE hat dazu bereits vor einigen Jahren ein Programm ins Leben gerufen, in dessen Rahmen salvadorianische HTA aus den USA bei der nationalen Entwicklungsagentur FISDL (*Fondo de Inversión Social para el Desarrollo Local de El Salvador*) Ergänzungsfinanzierungen zur Fertigstellung lokaler Entwicklungsprojekte beantragen können. Diese kollektiven *remesas* können salvadorianische HTA seit 2000 im Rahmen des Programms *Unidos por la Solidaridad* durch Mittel aus dem Staats- und Gemeindehaushalt aufstocken. Dazu müssen sie an Ausschreibungsrunden der FISDL teilnehmen, von denen bisher 16 stattgefunden haben und bei denen die vielversprechendsten Projekte zur Kofinanzierung durch die Regierung ausgewählt werden.

Im Durchschnitt haben sich salvadorianische HTA aus den USA an den von der FISDL durchgeführten Entwicklungsprojekten mit 16% beteiligt, während der Fond selbst 65% der Mittel bereitstellte und die

Bisher geht der weitaus größte Teil der *remesas* den Familien der Angehörigen im Herkunftsland zu. Ziel der Regierungen Zentralamerikas ist es nun, dieses ökonomische Potenzial der Diaspora auch für die nationale Entwicklung nutzbarer zu machen.

bleibende Finanzierungslücke aus Gemeindemitteln gefüllt wird. In zwei Projekten in Usulután, die den finanziell größten Umfang hatten, steuerten salvadorianische HTA aus den USA sogar mehr als die Hälfte der Gesamtkosten bei.⁴

Im regionalen Vergleich führend sind salvadorianische Behörden auch bei der Exportförderung für nostalgische Produkte. Dessen großes, aber bisher unausgeschöpftes Potenzial versucht seit 2002 die vom salvadorianischen Wirtschaftsministerium gegründete *El Salvador Trading Group* auszubauen. Diese koppelt Hersteller nostalgischer Produkte aus El Salvador mit Verteilungsnetzwerken in den USA, um so eine stärkere Präsenz nationaler Produkte in den Residenzschwerpunkten ihrer Migration zu erreichen (CEPAL 2003: 25). Finanzielle Unterstützung erhalten die Exporteure nostalgischer Produkte dabei durch das FOEX-Programm der salvadorianischen Regierung (*El Fondo de Fomento a las Exportaciones*), das nicht nur Analysen für potenzielle Märkte in den USA erstellt, sondern ihnen auch den Zugang zu Exportkrediten erleichtert. Ähnlich entwickelte Instrumente zur Exportförderung ließen sich für die anderen zentralamerikanischen Länder nicht ermitteln.

Wirtschaftlicher Einfluss = politischer Einfluss?

Das Werben der zentralamerikanischen Regierungen um ihre ökonomischen Potenziale weckt bei der Diaspora in den USA politische Be-

gehrlichkeiten. Ihrem wirtschaftlichen Potenzial entsprechend formulieren zentralamerikanische HTA in den USA stärker als bisher Initiativen und Anregungen für ihre bessere Inkorporierung in politische Entscheidungsprozesse ihrer Heimatländer. Dazu gehört vor allem das Wahlrecht für die im Ausland lebenden Zentralamerikaner. Da bisher Honduras, die Dominikanische Republik und neuerdings auch Mexiko ihren Landsleuten diese Möglichkeit grundsätzlich, aber mit operativen Beschränkungen eingeräumt haben, sehen sich die Migranten aus Guatemala, El Salvador und Nicaragua in einem partizipatorischen Nachteil. Entsprechend baten Vertreter der salvadorianischen Migranten bei einem Treffen mit einer Regierungsdelegation in Los Angeles im November 2004 um eine Änderung in der Wahlgesetzgebung, damit die Diaspora an den Präsidentschaftswahlen 2009 teilnehmen könnte und regten gleichzeitig einen mit Stimmrecht bedachten Ständigen Vertreter für die Diaspora im Parlament des Landes an. Berufen konnten sie sich dabei auf die Ergebnisse einer nicht repräsentativen Umfrage im *departamento 15*, nach der 82% der befragten Salvadorianer das Wahlrecht im Ausland als notwendig ansehen.⁵ Ähnliche Forderungen erhebt das *Comité Cívico Guatemalteco pro Voto en el Extranjero* für die guatemalteckische Diaspora in den Vereinigten Staaten. Obwohl die jeweilige Diaspora noch nicht mit Wahlrecht ausgestattet ist, hat dieser Druck bereits zu einer Reihe von Wahlkampfreisen zentralamerikanischer Entschei-

4 Insgesamt hat die Eigenleistung der salvadorianischen HTA von etwa \$2,7 Mio. bis dato ergänzende Finanzierungen der FISDL in Höhe von \$8,2 Mio. sowie weitere \$3,5 Mio. aus Gemeindemitteln möglich gemacht (FISDL 2005).

5 vgl. <www.departamento15.com/resultado_s_sondeo_elvoto.htm> [07.06.2005].

dungsträger in die Residenzschwerpunkte zentralamerikanischer Einwanderung in den USA geführt, jüngst etwa von der Kandidatin der FMLN für das Bürgermeisteramt San Salvadors, Violeta Menjívar (La Nación 01.12.2005).

Die Regierungen El Salvadors und Guatemalas reagierten auf die Ansprüche nach politischer Mitsprache ihrer Diaspora wohlwollend, zumindest auf rhetorischer Ebene. Der guatemaltekeische Präsident Alfonso Portillo machte seinen Landsleuten in den USA bereits im Juli 2001 entsprechende Hoffnungen (La Prensa de Honduras 5.7.2001), und auch die salvadorianische Außenministerin, María Brizuela de Ávila, sprach sich im November 2003 vor der *Primera Convención de Comunidades de Salvadoreñas en el Exterior* in Los Angeles für eine entsprechende Initiative aus. Bislang scheiterte die Einführung des Wahlrechts für die in den USA lebenden Zentralamerikaner aber an fehlenden Mehrheiten für die entsprechenden Änderungen an der Verfassung oder an der Wahlgesetzgebung. Die Erfahrungen mit dem Auslandswahlrecht in Honduras haben zudem gezeigt, dass die Forderungen der Vertreter der Migranten offenkundig nicht immer einhergehen mit einem wirklichen Interesse an politischer Beteiligung der Migranten selbst. So haben sich von den etwa eine Million Honduranern in den USA insgesamt nur 12.500 bei den Konsulaten in das Wahlregister für die Präsidentschaftswahlen am 27. November 2005 eintragen lassen (La Opinión Digital 27.9.2005). Das politische Gewicht der im Ausland lebenden Honduraner ist entsprechend gering. Viele ließen sich offenkundig durch ihren problemati-

schen aufenthaltsrechtlichen Status abschrecken. Aristides Mejía, der Präsident des honduranischen *Tribunal Supremo Electoral* führte diese Aufklärungslücke unter anderem auch auf die prekäre finanzielle Situation seiner Behörde zurück (La Opinión 16.7.2005). Möglicherweise sind honduranische Migranten in den USA auch nicht ausreichend organisiert, um einer entsprechenden Kampagne eine breitere Basis zu verschaffen. Die guatemaltekeischen und salvadorianischen Migrantenorganisationen scheinen in diesem Fall den besseren Boden für eine erfolgreiche Inkorporierung der Diaspora in den politischen Prozess ihrer Herkunftsländern zu bieten.

Schlussbemerkungen

Das Zustandekommen des DR-CAFTA hat gezeigt, dass der Einfluss zentralamerikanischer Migranten auf politische Entscheidungsprozesse nicht so stark ausgeprägt ist, wie es sich einige ihrer Vertreter vielleicht wünschen. So konnten sie weder das Freihandelsabkommen verhindern, noch bisher ihre Forderung nach dem Wahlrecht im Ausland durchsetzen. Die Möglichkeiten zur Implementierung ihrer Anliegen sind begrenzt und ähneln (noch) jenen anderer Nichtregierungsorganisationen, die im internationalen Bereich aktiv sind. Deutlich erkennbar aber ist ein Transformationsprozess, in dem sich zentralamerikanische Migranten und deren Organisationen in den USA derzeit befinden. Er gibt ihnen qualitativ andere und zunehmend effektivere Möglichkeiten der politischen Einflussnahme, auch wenn sich diese noch im Entwicklungsstadium befinden.

Die zentralamerikanischen Regierungen haben zwar erhebliche An-

Das Zustandekommen des DR-CAFTA hat gezeigt, dass der Einfluss zentralamerikanischer Migranten auf politische Entscheidungsprozesse nicht so stark ausgeprägt ist, wie es sich einige ihrer Vertreter vielleicht wünschen.

Obwohl der Weg der zentral-amerikanischen Migranten in den USA zu einer *politischen community* noch weit zu sein scheint, werden sie zunehmend als Determinante in der politischen Arena wahrgenommen.

strengungen unternommen, um ihre Diaspora in den nationalen Aufbauprozess mit einzubinden, aber die Potenziale scheinen noch nicht ausgeschöpft. Da mit zunehmender Dauer die am längsten in den USA arbeitenden Kohorten von Zentralamerikanern in den kommenden Jahren verstärkt bestimmte Altersgrenzen passieren, werden sie aus dem dortigen Arbeitsleben ausscheiden. Analog zu US-amerikanischen Senioren, die ihren Lebensabend an der honduranischen Karibikküste verbringen, könnten auch die Zentralamerikaner stärker als bisher dazu ermuntert werden, die letzten Jahre ihres Lebens in ihren Herkunftsstaaten zu verbringen. Möglicherweise haben sie während ihrer Tätigkeiten in den USA sogar Ansprüche aus der US-Rentenkasse erworben, die – wie bei US-Bürgern auch – ins Ausland gezahlt werden dürfen. Die zentralamerikanischen Regierungen sollten sich daraus ergebende Möglichkeiten nicht ungeprüft lassen. Aufgrund des vermutlich hohen illegalen Beschäftigungsanteils würde eine Rückkehr bestimmter zentralamerikanischer Kohorten, die keine Rentenansprüche an die US-Rentenkasse richten können, die Regierungen der Herkunftsländer vor erhebliche Herausforderungen stellen.

Obwohl der Weg der zentralamerikanischen Migranten in den USA zu einer *politischen community* noch weit zu sein scheint, werden sie zunehmend als Determinante in der politischen Arena wahrgenommen. Ihre bislang fragmentierte Organisationsstruktur hat in den letzten Jahren durch die Protestaktionen gegen das Freihandelsabkommen deutlich an Profil gewonnen. Das erhebliche Mobilisierungspotenzial,

das die zentralamerikanischen Migranten in den USA besitzen, ließe sich möglicherweise stärker in politische Erfolge ummünzen, wenn es auch bei anderen Themen gälte, im Rahmen konzertierter Aktionen in eine bestimmte Richtung zu handeln. Davon aber scheint man noch ein ganzes Stück entfernt.

Auch wenn die Möglichkeiten zur Implementierung politischer Forderungen zentralamerikanischer Migrantenorganisationen in den USA noch ausbaufähig sind, haben sie im Verlauf der DR-CAFTA-Verhandlungen doch eines erreicht: Das Freihandelsabkommen wird in der US-Öffentlichkeit nicht als einfaches Handelsabkommen betrachtet, sondern vielmehr als Bestandteil eines immer interdependenten Beziehungsgeflechts zwischen den USA und Zentralamerika gewertet, das neben kulturellen, finanz- und sicherheitspolitischen Aspekten auch das Entwicklungsgefälle zwischen Nord und Süd und dessen Ursachen einschließt. Die migratorische Komponente spielt dabei eine zentrale Rolle, sowohl für die USA als auch für Zentralamerika. Experten zweifeln kaum daran, dass DR-CAFTA an den strukturellen Gründen, die der zentralamerikanischen Migration nach Norden zugrunde liegen, ebenso wenig ändern wird wie das NAFTA-Abkommen im mexikanischen Fall. Freihandel per se ist kein Garant für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Umso wichtiger wird es in Zukunft sein, das Potenzial der zentralamerikanischen Migranten in den USA stärker als bisher in nationale Entwicklungsprozesse einzubinden. Sie stärker als Akteur wahrzunehmen und politische Entscheidungsstrukturen an

geänderte Machtverhältnisse anzupassen, scheint eine der wesentlichen Herausforderungen für die kommenden Jahre zu sein.

Dazu bedarf es allerdings der Entfaltung mehr politischen Gewichts auf Seiten der Migrantenorganisationen. Sie müssten sich stärker als bisher organisieren und ihren Repräsentanten durch demokratische Auswahlverfahren eine legitimere Basis verschaffen. Folge wäre möglicherweise eine Art Schattenregierung einer im Ausland lebenden nationalen Minderheit, die aber über das ökonomische Potenzial verfügt, die Entwicklung des Herkunftslandes entscheidend mit zu prägen. Dieses Problem kann nur umgangen werden, wenn die Migranten, für die die Vertreter in den USA sprechen, mit einem Wahlrecht in ihren Herkunftsgesellschaften ausgestattet werden.

Als institutionalisierte Netzwerke haben die Zentralamerikaner in den USA, analog etwa zur mexikanischen Migration, zur Bildung transnationaler sozialer Räume beigetragen, in denen politische Aushand-

lungsprozesse für traditionelle Akteure immer weniger steuerbar geworden sind. Die migratorische Entwicklung der letzten Jahre hat sowohl in den USA als auch in Zentralamerika zu einer Verschiebung politischer Inhalte hin zu transnationalen Themen geführt. Darüber hinaus haben sich auch die Spielregeln verändert, nach denen politische Entscheidungen ausgehandelt werden. Einem Problem auf nationaler Ebene mit einem Gesetz Herr werden zu wollen, scheint aufgrund der grenzübergreifenden Netzwerkbildung zwischen den USA und Zentralamerika nicht mehr vielversprechend. Sollten die Wahlrechtsanregungen der Diaspora den legislativen Prozess in den zentralamerikanischen Ländern erfolgreich durchlaufen, hätte dies darüber hinaus auch Auswirkungen auf die institutionellen Rahmenbedingungen der politischen Systeme selbst. Doch leider wissen wir darüber noch viel zu wenig. Die bestehende Forschungslücke sollte dazu anregen, sich intensiver mit diesem Thema zu befassen.

Sollten die Wahlrechtsanregungen der Diaspora den legislativen Prozess in den zentralamerikanischen Ländern erfolgreich durchlaufen, hätte dies darüber hinaus auch Auswirkungen auf die institutionellen Rahmenbedingungen der politischen Systeme selbst.

Literaturverzeichnis

- AFL (2005): The Real Record on Workers' Rights in Central America, ALF-CIO Report, American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations, www.aflcio.org/issues/jobseconomy/globaleconomy/upload/CAFTABook.pdf [18.11.2005].
- Andrade-Eekhoff, Katharine (2003): Globalization of the Periphery. The Challenges of transnational migration for local development in Central America, Working Document, <http://168.96.200.17/ar/libros/salvador/flacso/andrade.pdf> [18.11.2005].
- ART (2005): Central Americans Speak Out against DR-CAFTA. Major Issues and Mobilizations, Alliance for Responsible Trade, http://www.art-us.org/docs/DR_CAFTA_0503.pdf [18.11.2005].
- Audley, John (2003): NAFTA's Promise and Reality. Lessons from Mexico for the Hemisphere, Carnegie Endowment for International Peace, Washington.
- Batres-Marquez, Patricia S. (2001): Salvadoran Consumption of Ethnic Foods in the United States, Center for Agricultural and Rural Development, Iowa State University, Working Paper 01-WP 289.
- Brizuela de Ávila, María Eugenia (2003): Ponencia de la Señora Ministra de Relaciones Exteriores en la Primera Convención de Comunidades de Salvadoreños Residentes en el Exterior, Los Ángeles, 28.09.2003.
- Bush, George W. (2005): President signs CAFTA-DR, www.whitehouse.gov/news/releases/2005/08/print/20050802-2.html [02.10.2005].
- US Census (2004): Annual Estimates of the Population by Race Alone and Hispanic or Latino Origin for the United States and States, www.census.gov/popest/states/asrh/tables/SC-EST2004-04.xls [28.10.2005].
- CEPAL (2003): Pequeñas empresas, productos étnicos y de nostalgia: Oportunidades en el mercado internacional. Los Casos de México y El Salvador, www.eclac.cl/id.asp?id=14737 [18.11.2005].
- Chacón, Oscar (2004): Organizaciones de Inmigrantes Centroamericanas de oponen a CAFTA. Comunicado de Prensa, 24. Mai 2004, www.citizen.org/documents/OrgsInmigrantesNoCAFTAEsp.pdf [28.10.2005].
- De la Garza, Rodolfo / Cortina, Jerónimo (2005): Redefiniendo las fronteras nacionales. Cambios en las relaciones entre las diásporas y los Estados latinoamericanos, ARI N° 16/2005, www.realinstitutoelcano.org/analisis/698/GarzaCortina.pdf [18.11.2005].
- De la Garza, Rodolfo / Cortina, Jerónimo (2004): Immigrant Remitting Behavior and its developmental Consequences for Mexico and El Salvador, The Tomás Rivera Policy Institute, www.trpi.org/PDFs/remit.pdf [18.11.2005].
- DGACE (o.J.): Hacia una Estrategia de Integración y vinculación con las Comunidades Salvadoreñas en el Exterior para el siglo XXI, [www.comunidades.gob.sv/Sitio/Img.nsf/vista/Documentos/\\$file/DGACE.pdf](http://www.comunidades.gob.sv/Sitio/Img.nsf/vista/Documentos/$file/DGACE.pdf) [18.11.2005].
- DoS (2004): Remarks by Assistant Secretary Roger Noriega at the CENUSA Conference, US Department of State, vgl. www.state.gov/p/wha/rls/rm/36554.htm [18.11.2005].
- DoS (2005): Remarks to Central American and Dominican Republic Community Leaders by Roger Noriega, US Department of State, www.state.gov/p/wha/rls/rm/2005/q2/44329.htm [18.11.2005].
- FISDL (2005): Consolidado de Proyectos en Concurso con Participación de Salvadoreños en el Exterior, [www.fisdl.gob.sv/Estudios/Estado%20de%20Unidos%20por%20la%20Solidaridad\(antiguo\).xls](http://www.fisdl.gob.sv/Estudios/Estado%20de%20Unidos%20por%20la%20Solidaridad(antiguo).xls) [18.10.2005].
- globalpolicy (2003): Central American Migrants take Action on Trade and Regional Integration, www.globalpolicy.org/soecon/ffd/2003/0713action.htm [05.10.2005]

Gratius, Susanne (2005): Machtfaktor Hispanics? Die Folgen der lateinamerikanischen Zuwanderung für die USA und Spanien, Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.

Hornbeck, J.F. (2005): The Dominican-Republic-Central America-United States Free Trade Agreement (DR-CAFTA), Congressional Research Service Report for Congress RL 31870, <http://fpc.state.gov/documents/organization/45985.pdf> [18.11.2005].

IADB (2005a): Building on Progress. Strengthening Compliance and Enhancing Capacity, Inter-American Development Bank, www.iadb.org/trade/1_english/pub/labor-CADR.pdf [18.11.2005].

IADB (2005b): Inter-American Development Bank Online Database for Remittances, www.iadb.org/mif/remittances/index.cfm [12.11.2005].

IADB/PHC (2003): Receptores de Remesas en Centroamérica, Inter-American Development Bank / Pew Hispanic Center (Hrsg.), www.iadb.org/mif/v2/files/BendixenGU2003spa.pdf [28.10.2005].

LCLAA (2004): Another Americas is Possible. The Impact of NAFTA on the U.S. Latino Community and Lessons for Future Trade Agreements. Labour Council for Latin American Advancement, www.citizen.org/documents/LatinosReport.pdf [18.11.2005].

LMC (2001): Population Data for Hispanic National-Origin Groups, Lewis Mumford Center for Comparative Urban and Regional Research, http://mumford.albany.edu/census/HispanicPop/HspDownloads/Hsp_State.xls [28.10.2005].

LARR (03-05): Muted Protests greet first Cafta signings, Latin American Regional Report, No. 03-05, Latin American Newsletters Intelligence Research Ltd., London.

Logan, John R. (2001): The New Latinos. Who They Are – Where They Are, Lewis Mumford Center for Comparative Urban and Regional Research, <http://mumford1.dyndns.org/cen2000/HispanicPop/HspReport/HspReportPage1.html> [28.10.2005].

MRE (2005): Salvadoreños Residentes en los Estados Unidos, Ministerio de Relaciones Exteriores de El Salvador, [www.comunidades.gob.sv/sitio/Img.nsf/vista/Documentos/\\$file/salex.xls](http://www.comunidades.gob.sv/sitio/Img.nsf/vista/Documentos/$file/salex.xls) [28.10.2005].

OIM/SIEMCA (2004): Inmigración y emigración en Centroamérica a inicios del siglo XXI, Serie Perfil de los Migrantes No. 1, Organización Internacional para las Migraciones/Sistema de Información Estadística sobre las Migraciones en Centroamérica, www.siemca.iom.int/descargas/documentos/siemca05.pdf [18.11.2005].

Orozco, Manuel (2002): Attracting Remittances. Practices to reduce costs and enable a money transfer environment, Report commissioned by the Multilateral Investment Fund of the Inter-American Development Bank, Washington.

Orozco, Manuel (2004): Distant but close. Guyanese transnational communities and their remittances from the United States, Report-Draft, Commissioned by the U.S. Agency for International Development, Washington.

Orozco, Manuel (2005): Transnacionalismo y desarrollo. Tendencias y oportunidades en América Latina, in: Foreign Affairs en Español, Julio-Septiembre 2004, 17-25.

PHC (2002): National Survey of Latinos. Summary of the Findings, Pew Hispanic Center / The Kaiser Family Foundation, <http://www.kff.org/kaiserpolls/loader.cfm?url=/commonspot/security/getfile.cfm&PageID=14043> [18.10.2005].

Puerta, Ricardo A. (2003): Remesas familiares en Honduras. Una nueva opción política, Hintergrundpapier zum VIII Congreso Internacional del CLAD sobre la Reforma del Estado y de la Administración Pública, 28.31.10.2003, Panamá.

Ribando, Clare (2005): DR-CAFTA. Regional Issues, Congressional Research Service Report for Congress RS 22164, www.au.af.mil/au/awc/awcgate/crs/rs22164.pdf [12.10.2005].

Stiegler, Ursula (2005): Wie weit reicht Mexiko? Die politischen Implikationen der mexikanischen Migration in die USA, Brennpunkt Lateinamerika 18-05, Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg.

USCIS (2005a): Immigrants Admitted by Region and Country of Birth. Fiscal Years 1989-2003, US Citizenship and Immigration Service, Statistical Yearbook 2004 Table 3, <http://uscis.gov/graphics/shared/statistics/yearbook/2004/table3.xls> [16.11.2005] .

USCIS (2005b): Persons Naturalized by Region and Country of Birth. Fiscal Years 1991-2004, US Citizenship and Immigration Service, Statistical Yearbook 2004 Table 32, <http://uscis.gov/graphics/shared/statistics/yearbook/2004/Table32.xls> [16.11.2005].

USITC (2004): U.S.-Central America-Dominican Republic Free Trade Agreement. Potential economywide and sectoral Effects, United States International Trade Commission, <http://hotdocs.usitc.gov/docs/pubs/2104f/pub3717.pdf> [18.11.2005].

US Census (2002): Statistical Abstract of the United States 2001, The National Data Handbook, Hoover Business Press.

WTO (2006): Statistics Database, World Trade Organization, vgl. <http://stat.wto.org/Home/WSDBHome.aspx?Language=E> [18.01.2006].

Yang, Dean (2003): Salvadorans Overseas: The Foundation of a Pro-Poor Growth Strategy, Paper commissioned by Fundación Salvadoreña para el Desarrollo Económico y Social, <http://ksghome.harvard.edu/~rhausma/elsvdr/salvadoransoversea.pdf> [28.10.2005].

Zoellick, Robert (2005): From Crisis to Commonwealth. CAFTA and Democracy in Our Neighborhood, Heritage Lectures No. 884, 16. Mai 2005.

IBERO-ANALYSEN

bisher erschienen:

- Heft 1:** Mario Solórzano: Vorwärts in die Vergangenheit oder rückwärts in die Zukunft? Wahlen zum Ende des Jahrhunderts in Guatemala (Oktober 1999)
- Heft 2:** Raúl Leis: Panama und die Übergabe der Kanalzone. Große Herausforderungen für ein kleines Land (Dezember 1999)
- Heft 3:** Jörg Meyer-Stamer: Über den Verlust von Dekaden und den Verlauf von Lernkurven. Wirtschaftlicher Strukturwandel und die Irrungen und Wirrungen der wirtschaftspolitischen Diskussion in Brasilien (Mai 2000)
- Heft 4:** Raúl Trejo Delarbre: Die neue demokratische Ungewissheit in Mexiko. Ein kurzer Bericht vor den Wahlen (Juni 2000)
- Heft 5:** Jürgen Weller: Lohnarbeit und Beschäftigungsentwicklung im Lateinamerika der 90er Jahre. Erwartungen, Ergebnisse und Perspektiven (September 2000)
- Heft 6:** Alvaro de la Ossa: Der zentralamerikanische Integrationsprozess. Ende einer Entwicklungsalternative (Dezember 2000)
- Heft 7:** Friedrich Welsch / José Vicente Carrasquero: Venezuela unter Chávez: Zwischen demokratischer Revolution und Caudillismo (Januar 2001)
- Heft 8:** Nicolás Lynch Gamero: Peru nach Fujimori. Welche Chance hat die Demokratie? (Februar 2001)
- Heft 9:** Hartmut Sangmeister: Zehn Jahre MERCOSUR. Eine Zwischenbilanz (März 2001)
- Heft 10:** Günther Maihold: Aufbruch in Mexiko? Die langen „ersten 100 Tage“ der Regierung Fox (Dezember 2001)
- Heft 11:** José Antonio Sanahuja: Frieden, Demokratie und Entwicklung in der „Strategischen Partnerschaft“: Die Europäische Union und Lateinamerika vor dem dritten Gipfeltreffen (Dezember 2003)
- Heft 12:** Hugo Fazio Vengoa: Spanien und Lateinamerika: Die europäische Dimension der Beziehungen (Oktober 2003)
- Heft 13:** Rodrigo Arocena: Uruguay: Zwischen Niedergang und neuen Wegen (November 2003)
- Heft 14:** Hartmut Sangmeister: Der ALCA-Prozess: James Monroe versus Simón Bolívar (November 2003)
- Heft 15:** Bruno Wilhelm Speck: Die Kommunalwahlen im Oktober 2004 in Brasilien – Gradmesser für die Befindlichkeit der Demokratie (März 2005)
- Heft 16:** Ist eine vierte Regierungsperiode der Concertación möglich? Ein Vorbericht zu den Präsidentschaftswahlen in Chile im Dezember 2005 (Miguel Chávez Albarrán / Enrique Fernández Darráz, November 2005)
- Heft 17:** „Su lucha es nuestra lucha. Juntos ganaremos!“ Zentralamerikanische Migranten in den USA und das CAFTA-Abkommen (Constantin Grund, Januar 2006)

© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Straße 37,
10785 Berlin

ISBN 3-935656-25-4